

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

England gegen Poincarés Rede.

London, 17. Juli. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet: Lord Curzon empfing gestern im Foreign Office den französischen und den italienischen Botschafter, wobei er dem ersteren gegenüber das Erstaunen der britischen Regierung über die Rede Poincarés in Senlis zum Ausdruck brachte.

London, 17. Juli. (W.T.B.) In einem Leitartikel zur letzten Rede Poincarés bemerkt die „Times“, Poincaré scheine die Ueberzeugung zu vertreten, daß der Plan der Alliierten unvollständig sei und daß noch viel getan werden müsse in der Richtung von Anwendung von Zwang gegenüber Deutschland. In England sei man dagegen fest der Ueberzeugung, daß der Zwang bereits zu weit getrieben worden sei. Deutschlands Finanzpolitik sei sinnlos gewesen, aber die französische Politik der Ruhrbesetzung habe sie sicherlich nicht gebessert, weder vom Standpunkt der Alliierten noch von dem Deutschlands aus. Großbritannien müsse sein zusammengebrochenes Deutschland welches eine Last und eine Gefahr für ganz Europa sein würde. Die französischen Journalisten äußerten sich zuweilen in einer Weise, als ob der deutsche Staat verschwunden sei und als bleibe nichts weiteres übrig als Zwangsanwendung gegen gewisse Einzelpersonen, die sogenannten Großindustriellen. Es sei kaum anzunehmen, daß dies die Politik Poincarés sei. Er werde sicherlich nicht die Verantwortung für eine solche „chaotische soziale Revolution“ übernehmen, die diese Politik abschließen müßte. Das Ziel der britischen Politik sei, die politischen und demokratischen Organisationen in Deutschland zu retten, solange es noch Zeit sei. Die öffentliche Meinung Englands werde tief verletzt werden, wenn diese Bemühungen in einem Augenblick wie dem gegenwärtigen, von der Regierung eines Landes durchstrukt werden würden, mit dem Großbritannien Seite an Seite gekämpft hat.

London, den 17. Juli. (Eca.) Daily Telegraph schreibt zu den Erklärungen Poincarés in Senlis, daß diese nicht nur in London, sondern auch in anderen Hauptstädten einen peinlichen Eindruck hervorgerufen hätten. Sie seien dazu angetan, den belgischen Staatsmännern in ihrem Bemühen, einen Mittelweg zwischen London und Paris zu finden, Hindernisse in den Weg zu legen. Poincaré versuche, die Mächte der Kleinen Entente unter seine Fahnen zu bringen, indem er alle die Zugeständnisse aufzähle, die man Deutschland in der Frage der Reparationen gemacht habe und indem er sie befürchte, daß man entsprechende Konzessionen für die übrigen früheren Feinde Deutschlands verlangen könne.

Änderungen und Verzögerungen.

London, 17. Juli. (W.T.B.) Reuter erzählt, es sei möglich, daß der Entwurf der britischen Antwort auf die deutsche Note am Mittwoch im Kabinett einige Änderungen erfahren werde. Es sei daher unwahrscheinlich, daß die Antwort mit der Mantelnote vor Ende der Woche in den Händen der anderen alliierten Regierungen sein werde.

„Daily Telegraph“ hält es dagegen für möglich, daß die Abfertigung an die Alliierten am Donnerstag erfolgt. Der diplomatische Korrespondent des Blattes ist der Ansicht, daß eine Veröffentlichung der Sowjetnote unmittelbar nach ihrer Ausarbeitung an die Alliierten und an Amerika keinen Verstoß gegen den diplomatischen

Frankreichs Ruhrpolitik.

Die Verlängerung der Grenzsperrung zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet wurde von französischer Seite mit den „Vorfällen in Barmen“ begründet. Barmen, das nicht zu dem gewaltsam besetzten Teil des Ruhrgebiets gehört, hat sich bekanntlich einen französischen Ueberfall gefallen lassen müssen, wie es überhaupt seit einiger Zeit zu der französischen Politik gehört, aus den besetzten Gebieten überraschend vorzustoßen. Es ist nicht bekannt geworden, daß es während der vorübergehenden Besetzung Barmens zu irgendwelchen Zwischenfällen gekommen ist. Deswegen stand man bei der Begründung der Grenzsperrungsverlängerung zunächst vor einem Rätsel. Nunmehr wird in der französischen Presse die Begründung dahin erläutert, Entdeckungen über die Tätigkeit der Reichsbank in Barmen habe zu dem Schritt Anlaß gegeben, der noch vor kurzem, als er von einem Teil der deutschen Presse als wahrscheinlich bezeichnet wurde, von Frankreich entrüstet als deutsche Lügenpropaganda zurückgewiesen wurde.

Ist der Kommentar der französischen Presse richtig, dann liegen die Dinge so, daß sich die französische Regierung das Recht anmaßt, ganz nach Belieben mit einer bewaffneten Exekutive in Deutschland einzufallen und willkürlich Strafmaßnahmen zu verhängen, wenn ihr irgendwelche Zustände, die sie auf ihrer Streife beobachtet hat, nicht passen. Damit würde jeder Rechtszustand zwischen Deutschland und Frankreich aufgehoben, und an seine Stelle würde ein Zustand treten, bei dem Deutschland die Rolle eines noch nicht eroberten Kolonialgebiets spielt. Praktisch können derartige Maßnahmen die Haltung der Reichsregierung nicht beeinflussen, deren Politik durch die Sachlage ganz eindeutig vorgeschrieben ist. Bezwecken sie einen Druck auf Deutschland, so kann der Erfolg nur ein weiteres Anschwellen jener Freiheitsbewegung sein, die auf einen Krieg mit Frankreich hinarbeitet, und deren Ziel ohne Rücksicht auf das Wohlergehen Deutschlands eine europäische Katastrophe ist, die auch Frankreich unter seinen Trümmern begräbt. Die Wächter in Frankreich sind offensichtlich zu verbündet, um diese Bewegung, die sie mit allen Mitteln großzuzüchten, zu

Brauch darstellen würde, es werde aber vielleicht für ratsam gehalten werden, die Veröffentlichung zurückzustellen, bis die Alliierten geantwortet haben.

Eine Friedensrede von Smuts.

London, 17. Juli. (W.T.B.) Reuter meldet aus Pietermaritzburg: Auf dem Kongress der Südafrikanischen Partei hielt General Smuts eine Rede, in der er auf die verwirrende Lage Europas hinwies und sagte, die Europäer wüßten, wie man Krieg führe, sie wüßten aber im Gegensatz zu den Südafrikanern nicht, wie man Frieden machen müsse. Wenn Europa sich nicht erhole und die großen Absatzmärkte, die besonders englische seien, nicht wiederhergestellt werde, dann werde Großbritannien mit seiner Bevölkerung von 38 Millionen Menschen in eine furchtbare Lage kommen. Smuts sagte, er billige durchaus die Haltung des britischen Premierministers Baldwin, und schloß mit wiederholter Betonung seiner Absicht, auf der kommenden britischen Reichskonferenz im Namen Südafrikas „die Schlacht des Friedens“ zu kämpfen.

Zur Vorgeschichte der Baldwin-Rede.

Paris, 17. Juli. (Eca.) Der Londoner Korrespondent des „Morning Post“ glaubt in der Lage zu sein, einige Angaben darüber machen zu können, in welcher Weise die letzte Regierungserklärung Baldwins zustande gekommen ist. Er behauptet, daß während der Kabinettsitzung, in deren Verlauf der von Lord Curzon ausgearbeitete Text der Antwortnote an Deutschland der Gesamtheit der Minister unterbreitet wurde, Lord Cecil dem Wortlaut Curzons widersprach. In dieser Opposition sei er sogar von Baldwin selbst unterstützt worden. Lord Curzon sei dann so weit gegangen, die folgenden Fragen zu stellen: Würde man im Bedarfs-

bewaffnete Gewalt gegen Frankreich

anzuwenden, um es zur Anerkennung des englischen Standpunktes zu bringen? Natürlich war die einstimmig erteilte Antwort eine negative. Darauf fragte Lord Robert Cecil, ob Lord Curzon glaube, daß im Falle einer Trennung von Frankreich die Lage günstiger werden würde, um die Entwicklung der französischen Aktion im Ruhrgebiet zu verhindern. Im Laufe der Besprechung hat man sich jedoch darüber Rechenschaft abgelegt, daß die praktische Folge eines Bruches sein würde, daß Frankreich lediglich die

Freiheit erhalte, Deutschland zu unterdrücken.

und gerade das wolle das englische Kabinett um jeden Preis vermeiden.

Infolgedessen wurde der Text Lord Curzons, so berichtet der Korrespondent weiter, durch eine Reihe liebenswürdiger Ausdrücke für Frankreich abgemildert. Das Kabinett sei dann zu der Schlussfolgerung gekommen, daß es England beim Verbleiben an der Seite Frankreichs gelingen würde, den auf Deutschland ausgeübten Druck abzumildern. Der Korrespondent meint, daß ähnliche Ueberlegungen auch bei der endgültigen Abfassung des Entwurfs in London eine Rolle spielen würden. Das treffe auch auf die Begleitbriefe zu, welche diesem Entwurf nach den verschiedenen alliierten Hauptstädten beigegeben würden.

Befahungsjustiz.

Stettin, 17. Juli. (W.T.B.) Das belgische Kriegsgericht verurteilte den Bergmann Lewandowski aus Buer, weil er auf der Straßenbahn eine für die Befahungsbehörden beleidigende Neuerung getan haben soll, zu 6 Monaten Gefängnis, den Postsekretär Bildmann, die Postauswärtigerin Müller und die Telephonbeamtin Maderhorn wegen Verweigerung des Verkaufs von Postkarten und Wertzeichen an Befahungsangehörige zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Millionen Mark bzw. je drei Monaten und einer Million Mark Geldstrafe. Der Vorsteher des Postamts von Gladbeck erhielt, weil er an seine Beamten den Befehl der Regierung wegen des Marktenverkaufs weitergegeben hatte, 6 Monate Gefängnis und 5 Millionen Mark Geldstrafe, der Straßenbahnführer Stefani 2 Monate Gefängnis wegen verbotenen Kohlentransports, der Bergmann Soldiger aus Buer, weil bei ihm ein Theaterbogen und verbotene Flugschriften gefunden wurden, drei Monate Gefängnis wegen Waffenbesitzes und ein Jahr Gefängnis wegen des Besitzes verbotener Flugschriften.

Berliner Börsenruhetag.

Die Einwertung der Mark macht seit gestern an den außerdeutschen Börsen wieder stärkere Fortschritte, denen sich auch der Berliner Devisenmarkt nicht mehr entziehen kann. New York meldete gestern einen nachdrücklichen Kurs, der einer Dollarparität von 242500 entspricht. Dazug meldete heute vormittag folgende Freiwertehursturfe: Pfund Sterling 104000, der Dollar 250000 bis 260000, Polennoten 172 bis 174, Auszahlung Warschau 168, holländische Gulden 92000. In Berlin zog sich heute die Notierung der amtlichen Kurse sehr in die Länge. Es wurden wieder nur 2 Proz. auf die wichtigsten Devisen zugeleitet. Bis 1 Uhr waren notiert: London mit 1000000, Amsterdam mit 85000.

Beamtenräte und Arbeitsrecht.

Die Entwicklung des modernen Beamten- und Arbeitsrechts vollzieht sich in beständiger Wechselwirkung zwischen der praktischen Arbeit mit dem bestehenden Recht, dem auf bestimmte Ziele gerichteten gesetzgeberischen Willen der am Beamten- und Arbeitsrecht beteiligten sozialen Schichten und der wissenschaftlichen Erforschung und Ordnung der in Recht und Praxis vorhandenen Grundelemente. Aufgabe der gesetzgebenden Faktoren, in erster Linie wohl der Reichsregierung, wäre es, aus der Summe der Erfahrungen, Forderungen und Forschungsergebnisse das Mittel des gesetzgeberisch Möglichen zu ziehen, wobei indessen angesichts der Eigenart und des Zweckes sozialrechtlicher Gesetzgebung nie vergessen werden dürfte, daß die gesetzgeberische Initiative gerade auf diesem Gebiete zu künftweiland auftreten müßte. Sie muß Perspektiven eröffnen, indem sie dem Fortschritt zu einer gerechten sozialen Ordnung rechtlich den Weg ebnet.

Daß ein solches Verhalten einer Regierung wie der gegenwärtigen infolge ihrer allgemeinen Tendenz nicht leicht fällt, ist begreiflich. Erscheinungen der jüngsten Zeit lassen nun aber erkennen, daß die Reichsregierung noch eine zweite, besondere Hemmung in sich trägt, die sie hindert, gesetzgeberisch den Forderungen der sozialen Entwicklung Rechnung zu tragen: Die Regierung ist im Beamten- und Arbeitsrecht Partei und führender Faktor der Gesetzgebung zugleich.

Das ist nun keine spezielle Eigentümlichkeit der Regierung Cuno, sondern eine Unbequemlichkeit, unter der jede Reichsregierung leiden wird, denn jede Regierung ist in weitem Umfange Arbeitgeber. Was die Regierung Cuno — nicht zu ihrem Vorteil — auszeichnet, ist das, daß unter ihrer Herrschaft die Arbeitgebervereinschaft zu größerem Einfluß gelangt. Und es ist wiederum natürlich, daß eine scharfmacherische Arbeitgeber Tendenz, die im Busen der Regierung genährt wird, am stärksten sich geltend macht in einem Falle, an dem die Regierung nicht nur als Arbeitgeber und gesetzgebender Faktor, sondern obendrein als politische Macht interessiert ist: bei der Beratung des Beamtenrätegesetzes.

Bei der Beratung dieses Gesetzes tritt die Regierung stets ganz unverblümt in ihrer Doppelseitigkeit auf: einmal als soziales objektive gesetzgebende Macht, daneben als Arbeitgeber. In der zweiten Rolle gefallen sich besonders gewisse Beamte der Reichsbahnverwaltung, die bereits auf „Erfahrungen“ mit den Beamtenvertretungen blicken kann.

Wir wollen hier nicht vom gesamten Inhalt des Gesetzes, auch nicht in erster Linie von den Rechten sprechen, die den Beamtenräten zuteil werden sollen. Wir wissen, daß in diesem Punkte für eine gewisse Kategorie von Hoheitsbeamten auf allen Seiten Bedenken bestehen, die auch von uns nicht unbeachtet gelassen werden können. Mögen nun aber die Befugnisse der Beamtenräte mehr oder weniger umfassend sein, zweierlei ist vor allem wichtig: die Frage der Immunität der Beamtenräte und das Verhältnis des Rechtes der Beamtenräte zum gesamten Arbeitsrecht.

Die Lösung der ersten Frage ist entscheidend für die Existenz der Beamtenräte überhaupt. Wie die Regierung darüber denkt, gab bei den Beratungen im Ausschuss des Reichstages Herr Ministerialdirektor Dr. Falk zu erkennen, indem er erklärte, es müsse die Möglichkeit bestehen, daß Mitglieder der Beamtenvertretungen wegen der in Ausübung ihrer Tätigkeit gemachten Neuerungen im Dienstverfahren zur Verantwortung gezogen werden können. Man stelle sich vor, daß dem industriellen Unternehmer das Recht zustehen würde, den Betriebsrat wegen der Ausübung seines Amtes eigenhändig zu disziplinieren, und man hat ein Bild von der Lage, in der sich ein Beamtenrat befinden würde, wenn diese Auffassung Gesetz werden sollte.

Diese Anschauung des Vertreters der Regierungsgrundlage wird unterstützt durch die erwähnten Vertreter der Praxis. Und zwar nicht nur durch ihre Teilnahme an den Gesetzesberatungen, sondern gleichzeitig durch ihr Verhalten zu den bestehenden Beamtenräten. So bestimmt, um als Beispiel einen Vorgang dieser Art anzuführen, der Paragraph 61 des für die Reichsbahn geltenden Beamtenrätegesetzes, daß ein Mitglied der Beamtenvertretung nur mit Zustimmung der Beamtenvertretung in eine andere Dienststelle versetzt werden darf. Das Reichsoberverwaltungsamt erklärt nun, diese Bestimmung solle dem Beamten lediglich Schutz gegen einen zwangsläufigen Verlust seiner Mitgliedschaft in der Beamtenvertretung durch Versetzung gewähren. Diese Zweckbestimmung sei daher bei Versetzungen von Mitgliedern eines Bezirksbeamtenrats innerhalb eines Direktionsbezirks und bei Versetzung eines Mitgliedes des Hauptbeamtenrats ganz allgemein in hinfällig, da die Beamten durch solche Versetzungen ihrer Mitgliedschaft nicht verlustig gehen. Für solche Versetzungen bedürfe es also nicht der Zustimmung der Beamtenvertretung.

Die Wirkung dieser Auslegung ist die völlige Aufhebung der Immunität der Beamtenräte der Reichsbahn, denn sie gestattet es der Reichsbahnverwaltung, mißliebige Mitglieder von Bezirksbeamtenräten in den Grenzen des Reichsbahndirektionsbezirks, Mitglieder des Hauptbeamtenrats im ganzen Gebiet der deutschen Reichsbahn nach Belieben hin und her zu heben und dennoch lähn zu

behaupten, daß den also Mißhandelnden die Ausübung ihrer Ämter nicht unmöglich gemacht werde. Beispiele ähnlicher Art ließen sich mehrfach anführen.

Im zweiten wesentlichen Punkt, dem Verhältnis des Rechts der Beamtenräte zum übrigen Arbeitsrecht, machen sich gleichfalls beunruhigende Erscheinungen geltend. Die Idee des Beamtenrätegesetzes ist dem modernen kollektiven Arbeitsrecht innerlich verwandt, denn das Beamtenrätegesetz soll das durch das Betriebsrätegesetz in der gesamten Wirtschaft eingeführte Prinzip der Betriebsverfassung auch für die Beamten zur Anwendung bringen.

Der Rechtswissenschaft ist es, unter Mitwirkung namhafter Vertreter der Arbeitnehmerschaft, gelungen, aus der durch das Beamtenrätegesetz entstandenen Praxis eine feste Ordnung der Rechtsbegriffe und ihrer Anwendung zu bilden. Was läge nun näher, als bei der Bearbeitung des Beamtenrätegesetzes diese so geschaffene Ordnung, die im Begriff ist, sich im Bereich der Betriebsräte allgemeine Anerkennung zu erringen, unter Berücksichtigung gewisser Eigenarten des Arbeitsverhältnisses des Beamten auf die Beamtenenschaft anzuwenden und das Beamtenvertretungsgesetz auf solche Weise harmonisch einzuordnen in das gesamte Arbeitsrecht?

Statt dessen sind die Vertreter der Regierung bemüht, das Gegenteil zu erreichen, das Recht der Beamtenräte den Aufgaben der Betriebsräte so unähnlich wie möglich zu gestalten, alle bereits gefundenen Begriffsbestimmungen wieder zu verwischen, die ganze mühsam geschaffene Ordnung vollends auf den Kopf zu stellen. Das Ergebnis dieser Bemühungen, das Beamtenvertretungsgesetz in seiner gegenwärtigen Gestalt, ist daher, wie Ministerialrat Genosse Dr. Flato in einem Artikel „Das kollektive Arbeitsrecht und das Beamtenvertretungsgesetz“ in Nr. 23 der „Sozialen Praxis“ im einzelnen nachgewiesen hat, ein Musterbild von Inkongruenz und Konfusion.

Aber auch in diesem Unfuss liegt Methode. Es zeigt sich nämlich gelegentlich deutlich die Absicht, von einem verpöhlten Beamtenrätegesetz späterhin die Forderung nach einer Kürzung der Rechte der übrigen Arbeitnehmer bei Behörden und öffentlichen Betrieben abzuleiten und für alle Arbeitnehmer dieser Kategorie das alte Gewaltverhältnis, als welches das Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst von den Regierenden auch heute noch aufgefaßt wird, wiederherzustellen. Die Vorarbeiten dazu werden von den Behörden, die zahlreiche Angestellte und Arbeiter beschäftigen, gleichfalls schon jetzt getroffen, und zwar ist man hier bestrebt, möglichst große Kreise der Staatsarbeiter vom Geltungsbereich der Tarifverträge auszuschließen und daneben das Recht der Betriebsräte durch eine Fortsetzung und mit der übelsten Kadelstichmethode getriebene Auslegungspraxis zu kürzen. Auch hierin betätigt sich die Reichsbahnverwaltung „führend“, aber sie befindet sich auch dabei in Uebereinstimmung mit anderen Behörden, die bei der Beratung von Tarifverträgen und ähnlichen Kollektivregelungen an die gewerkschaftlichen Organisationen in einzelnen Fällen wörtlich die gleichen Anträge stellten, wie das Reichsverkehrsministerium.

Aus den an diesen Vorgängen erkennbaren, in aller Stille entwickelten Tendenzen müssen ernste Gefahren für die Fortentwicklung und den Bestand des gesamten modernen Arbeitsrechts entstehen, wenn ihnen nicht Einhalt geboten wird. Gehört es wirklich, nennenswerte Teile der Staatsarbeiterschaft von den Vorteilen des kollektiven Arbeitsrechts auszuschließen und, was das Ziel der dargestellten Bemühungen ist, für sie den alten Zustand sozialer Ausbeutung wiederherzustellen, so muß das die nachteiligsten Rückwirkungen für die gesamte Arbeitnehmerschaft zur Folge haben. Denn wie kann es der Staatsgewalt gelingen, eine gesetzgeberische Tendenz weiter zu verfolgen, die von maßgebenden Staatsbehörden bekämpft wird, wie kann die Staatsgewalt hoffen, die Unternehmerschaft zur Achtung vor Gesetzen zu nötigen, deren Bindungen sich der Staat als Arbeitgeber selbst zu entziehen trachtet.

Es ist notwendig, daß sich die gesamte Arbeiter- und Angestelltenschaft dieser Zusammenhänge bewußt wird und ihre

Bedeutung erkennt, um die von hier aus drohende Gefahr abzuwenden. Es zeigt sich an diesen Tendenzen, daß das Recht der Beamtenräte und seine Gestaltung durchaus nicht nur eine Angelegenheit der Beamtenenschaft ist.

Das erkannte Weltgewissen.

Die Doktrinen der auswärtigen Politik im deutschnationalen Lager sind in der Beurteilung der gegenwärtigen Situation offenbar nicht ganz einig. In der mehr völkisch gerichteten „Deutschen Zeitung“ legt Raurenbrecher täglich auseinander, daß Baldwin vor Poincaré zu Kreuze gekrochen sei und daß nun nichts anderes übrig bleibe als nationale Selbsthilfe in Form einer Volkserhebung. Demgegenüber tritt die „Kreuzzeitung“ eine ganz andere Auffassung. Sie veröffentlicht jetzt einen Vortragsaufsatz von Prof. Dr. Hennig Düssel, der als Wirkung des englischen Vorgehens die vollständige Isolierung Frankreichs, sogar seine Trennung von Belgien ankündigt und dann mit folgenden Worten schließt:

Wir Deutschen können nicht viel tun, um diese für uns erschwerende Entwicklung zu beschleunigen, aber das Wenige, was wir tun können, genügt, um die Entwicklung selbst zwangsläufig und unermüdlich zu machen: Aushalten im passiven Widerstand gegen Frankreichs Ruhrpolitik, bis Poincarés passiver Widerstand gegen das Weltgewissen und die Stimme der politischen und wirtschaftlichen Vernunft überwunden ist. Diese Stimme der Vernunft erklingt heute in allen Hauptstädten der Welt, außer in Paris, sogar schon in Brüssel, wenn auch vorläufig noch leise und zaghaft. Herr Baldwin hat es in der Hand, sie zum unüberstehlichen Orkan anzuwaschen zu lassen. Aber wird er der Mann sein, diese geschichtliche Mission zu vollbringen?

Diese Neuerung wäre in einem sozialdemokratischen Blatt nicht auffallend. In der „Kreuzzeitung“ ist sie höchst bemerkenswert und das um so mehr, als sie von einem deutschnationalen Wortführer aus dem besetzten Gebiet stammt. Denn eine schärfere Beurteilung der bisherigen deutschnationalen Politik, als sie in diesem Urteil unausgesprochen mit eingeschlossen ist, läßt sich kaum denken.

Jedermann weiß, daß „diese für uns erschwerende günstige Entwicklung“ durch das Memorandum vom 7. Juni, das heißt durch die konsequente Betonung der deutschen Erfüllungsbereitschaft ausgelöst worden ist. Wer aber hat diese von der Sozialdemokratie befürwortete Politik schärfer bekämpft als die Deutschnationalen?

Und wie ist die sozialdemokratische Presse in den deutschnationalen Blättern verächtlich und verhöhnt worden, wenn sie von „politischer und wirtschaftlicher Vernunft“, ja sogar von einem — „Weltgewissen“ zu reden wagte? Regelmäßig wurde sie dann belehrt, daß moralische Kräfte in der auswärtigen Politik gar nichts bedeuteten und daß es eine lächerliche Illusion sei, die Gefühle der Rechtschaffenheit und Menschlichkeit mit in Rechnung zu stellen. Erinnert man sich all dessen und sieht man heute die „Kreuzzeitung“ vor dem „Weltgewissen“ huldigend in die Knie sinken, so könnte einem das „Weltgewissen“ beinahe leid tun.

Der „Kreuzzeitungs“-Artikel des Herrn Prof. Hennig wird uns dennoch wertvoll bleiben, wo immer uns die plumpe und brutale Gewalttheorie der Deutschnationalen noch entgegentritt.

Unhaltbare Zustände.

Der Faschistenrummel in Templin.

Im Laufe des Juni gelang es unseren Genossen in Templin, ein größeres Waffenarsenal der Faschisten zu entdecken. Der deutschpöhlischen Monarchisten, die sich so plötzlich entdeckt haben, bemächtigte sich zunächst eine sehr starke Beklemmung, weil sie wahrscheinlich annahmen, daß ihre Enttarnung nicht ohne Folgen sein werde. Als aber alles glimpflich abließ, gingen sie mit doppelter Frechheit vor. Heute sind sie so weit, daß sie offen für die Gründung eines Frontsoldatenbundes Stahlhelm werden. Der Zweck der Uebung? Der Stahlhelm ist „der Sammelplatz aller wahrhaft deutschen Männer, die der Geist befreit, der uns vor 100 Jahren vom napoleonischen Joch befreit hat...“, er ist der Sammelplatz

Leistung H. H. von Twardowsky als Spiegelberg. Ein windiges Männchen mit versteinerten Ideen, tänzelnden, gesucht manierten Gesten, der einzige, dem man den Menschen nicht ganz glaubte, der auch auf den Breiten Schauspielers blieb. Leonhard Stöckel bot eine erschütternde Leistung als Koller, als vom Galgen eben Befreier. Ergreifend in seiner Schlichtheit Robert Taube als alter Moor. Ich kann nicht alle einzeln aufzählen. Jeder füllte würdig seinen Platz aus. Die Bühneneinrichtung war in geschickter Weise den primitiven Verhältnissen angepaßt. Der Vorderbau blieb in allen Auftritten derselbe, nur der Hintergrund wurde verändert. So gingen die vielen Verwandlungen ohne Zeitverlust und reibungslos von statten.

Natürlich mußte der reine Kunstwille der einzelnen zusammengefaßt werden. Ein Manager mußte da sein. Er war tüchtig, fast möchte ich sagen zu tüchtig. Auf dem Programm steht: 22 Operetten, 10 Schwänke, das ist der Spielplan der Berliner Bühnen! Das Schauspieltheater spielt „Die Räuber“ von Schiller.“ Na ja, das ist ganz hübsch, es ist geschickt, einen Klaffler herauszugreifen, in dem jeder Schauspieler seine ganze Wesensart entfalten kann. Aber es bleibt doch immer das mit Ungeheuerlichkeiten überladene, nach Effekten haschende Jugendwerk Schillers. Immerhin: der Anfang ist gemacht, wir hoffen auf weitere künstlerische Erfolge.

Welchem Umstand haben wir den gestrigen Genuß letzten Endes zu danken? Aus einem sozialen Kampf, den die bürgerlichen Epigonen nur als etwas Zerförendes anzusehen imstande sind, ist etwas Großes geboren: wir haben wieder ein Theater in Berlin!

Aufgaben der Schulmuseen. Während der Lehrmittelmache des Zentralinstituts für Erziehung und Unterricht, die in Berlin vom 11. bis 16. Juni tagte, traten auch die dabei anwesenden Vorstände deutscher Schulmuseen zu einer Besprechung zusammen. Die Anwesenden waren grundsätzlich darüber einig, daß Schulmuseen nicht antiquarisch-historisch zu sein seien, sondern die unmittelbare Beziehung zum Leben und zur Schule zu pflegen haben. Sie sollen sowohl das Lehrmittel, das den Anforderungen der Zeit entspricht, durch geeignete Ausstellung und Erklärung zeigen, als auch praktisch mit Rat und Tat der Schule in Lehrmittelfragen helfen. Hierbei wird es sich besonders um Nachweis, Vermittlung, Instandhaltung und Anfertigung von Lehrmitteln handeln. Bei Durchführung dieser Aufgaben sind die örtlichen Verhältnisse stets zu berücksichtigen.

Sum Zweck der Förderung der Schulmuseen wurde die Schaffung eines Nachrichtenendienstes über ihre Arbeiten als wünschenswert anerkannt. Die Mitteilungen der einzelnen Schulmuseen sollen zu Arbeits- und Ausstellungsarbeiten beim Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht gesammelt und, soweit sie von allgemeinem Interesse sind, in dem „Pädagogischen Zentralblatt“ veröffentlicht werden. Das Zentralinstitut bietet, einschlägige Mitteilungen an seine Ausstellungsabteilung, Berlin W., Potsdamer Straße 120, gelangen zu lassen.

für jene, die „Taten und Opfer bringen wollen, wenn das Vaterland sie braucht“, heißt es in einem Werbeaufsatz für den Bund. Dieß man's so, dann könnte es im ersten Augenblick ganz leidlich erscheinen. Aber dieser treudeutsche Ton ist nur das Mantelchen für innerpolitische Zerstörungswelt. Das geht ganz eindeutig aus dem weiteren Teil des Auftrufs hervor. Wen nimmt es wunder, daß der Stahlhelm auf die Farben schwarz-weiß-rot schwärzt! Wen nimmt es wunder, wenn er die „Wiederherstellung Deutschlands auf völkischer Grundlage“ als sein Ziel hinstellt? Das alles ist sehr deutlich. Man kennt ja das völkische Programm, das zwar auch den Kampf gegen den äußeren Feind predigt, das sich aber zunächst einmal auf den Kampf gegen den inneren „Feind“ einrichtet. „Der Bolschewismus stammt allüberall auf und will uns den Rest geben“, „mit unserem Geist wollen wir die politischen Parteien befreien, wo es sich nur um national oder international handelt...“, so hehen die Stahlhelmlaute. Man kennt die Weise derer um Hitler, Wulle, Graese und Henning und weiß, was sie zu bedeuten hat.

Man wird sich also die Leute etwas genauer ansehen müssen, die sich hier zu „nationalen“ Taten zusammenfinden, man wird sich vor allem mit ihrer Tätigkeit bekannt machen müssen, die sich hinter den Kulissen vollzieht. Führer der so überaus Nationalen ist ein Behrer Dolge, Vorkämpfer der deutschpöhlischen Ortsgruppe. Er ist zugleich der Herr, der durch die Entdeckung des Waffenlagers am meisten auf den Trapp gebracht worden ist. Ein anderer Führer ist Gefängnisinspektor Wilhelm, der die Gefängnismauern für ein durchaus geeignetes Versteckungslokal zu halten scheint. Was sich gelegentlich hinter diesen Gefängnismauern abspielt, vermag naturgemäß ein Laie nicht zu sagen. Daß diese Herren mit Mitteln arbeiten, die nicht aus Templin selbst stammen, sah man an einer Demonstration, an der Marschallinnen und eine Musikkapelle beteiligt waren, die nicht aus dem näheren Umkreis von Templin stammten. Mit Recht fragt sich der republikanische Teil der Bevölkerung von Templin, welche Karten hier gespielt werden und auf wessen Geheiß sie gespielt werden. Mit Recht ist sie aufs äußerste beunruhigt und erregt, wenn es vorkommen kann, daß Landjäger dem aufreizenden Treiben der Stahlhelmlaute vollständig apathisch gegenüberstehen, daß sie aber Republikaner, die die Angelegenheit öffentlich zur Sprache bringen, verhaften. Wie die Stimmung in Templin ist, geht aus einem uns zur Verfügung gestellten Schreiben hervor, in dem es heißt:

„Nehmt nicht alles auf die leichte Schulter. Es wird von Tag zu Tag gefährlicher. Ihr seht nichts davon. Wir sehen das ganze Treiben. Wir werden uns eines Tages überrompeln lassen.“

Uns scheint es an der Zeit, in Templin einmal nach dem rechten zu sehen. Die offizielle Gründung des Stahlhelms war auf den 4. Juli angesetzt worden, ist aber aus uns unbekanntem Gründen um 14 Tage verschoben worden. Wie sind der Ansicht, daß die Gründung des Stahlhelms rechtswidrig wäre. Aus seinem Programm und aus den Vorgängen in Templin geht hervor, daß es sich lediglich um einen Ableger der für Preußen verbotenen Deutschpöhlischen Freiheitspartei handelt. Jeder Beamte und Angestellte des Staats, der diese Bestrebungen unterstützt, verzieht seine Pflichten.

Die nationalsozialistischen Störenfriede.

München, 17. Juli. (B.Z.) Die zweite Hitlerversammlung am Montag vormittag im Zirkus Krone war verboten worden. Es hatten sich auf dem Marsfeld viele Nationalsozialisten und auswärtige Turner angelammet, die, nachdem sie lange vergeblich auf Hitler gewartet hatten, einen Zug formierten, der unter Vorantragung der alten Reichsflagge bis in die Schellingstraße kam, wo die Polizei versuchte, den Zug aufzulösen. Inzwischen war Hitler auf dem Plage erschienen, dem es gelang, die Leute zum Auseinandergehen zu bewegen. Am Abend veranstalteten die Nationalsozialisten zwei Versammlungen im Salsator-Keller und im Mathäuser-Bräu. Während die erstere Versammlung ungestört verlief, kam es im Mathäuser-Bräu zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und anderen gegnint auswärtigen Gästen. Von der blauen Polizei wurde die Ordnung im Saale wiederhergestellt.

Couls Couperns, der bekannte niederländische Schriftsteller und Dichter, ist gestern, kurz nach Vollendung seines 60. Lebensjahres, in Amsterdam an den Folgen einer Blutvergiftung, gestorben. Er war seit 1893 Mitredakteur der Zeitschrift „De Gids“ und hat sich als Erzähler, vor allem aber als Verfasser von Novellen und Romanen einen Namen gemacht. Eine feine und tiefe Seelenmalerei, die den stillen wie leidenschaftlichen Regungen des Menschenherzens in gleicher Weise Ausdruck zu geben weiß, und eine überaus reizvolle, innige und anspruchsvolle Sprache zeichnen seine Dichtungen aus. Viele Werke von ihm sind ins Deutsche übersetzt worden.

Ein „Gesundheits-Feldzug“ ist in den Vereinigten Staaten von dem Nationalen Gesundheitsrat eröffnet worden, einer Körperschaft, die aus Vertretern sämtlicher hygienischer Organisationen Amerikas besteht. Das Feldzugsziel, unter dem dieser Kampf für die Gesundheit der amerikanischen Bürger eröffnet wird, lautet: „Jung mit 76!“ Man verspricht jedem Amerikaner, der sich den Vorschriften des Gesundheitsrats fügt, seinem Leben 20 Jahre zuzusetzen. Die Bewegung stützt sich auf die statistische Feststellung, daß die durchschnittliche Lebensdauer der Amerikaner während des letzten halben Jahrhunderts von 1870 bis 1920 von 41 auf 56 Jahre verlängert worden ist. Wenn es nun gelingen ist, dem Leben eines jeden durchschnittlich 15 Jahre zuzusetzen, soll es bei Vollkommenheit der hygienischen Maßnahmen möglich sein, ihm weitere 20 Jahre zu schenken. „In 50 Jahren“, heißt es in dem Aufruf, „wird das Durchschnittsalter der Amerikaner anfast 56 Jahre 76 betragen, und er wird sich kräftig genug fühlen, um auch mit 76 sein Leben zu genießen, ja sogar auch, wenn er noch viel älter ist.“ Der Hauptgrund für die Verkürzung der Lebenszeit wird darin gesehen, daß der Amerikaner zu viel isst und daß er zu viel Fleisch isst. Der Gesundheitsrat läßt alle Bürger ein, sich in den nächsten 12 Monaten einer gründlichen körperlichen Untersuchung durch einen Facharzt zu unterziehen. Des weiteren soll sich jeder alljährlich an seinen Geburtsstage unterziehen lassen, damit die ersten Anzeichen einer Gesundheitsverschlechterung erkannt und sofort Mittel dagegen angewendet werden können.

Wenn das Geheimnis der ewigen Jugend darin besteht, wenig zu essen und besonders auf die Fleischnahrung zu verzichten, dann läßt sich, in Deutschland, Dank der Fürsorge unseres agrarischen „Rührlandes“, in der bei beneidenswerten Vögen, um ein Alter wie Methusalemen versprechen zu dürfen, und wir können auf ärztliche Untersuchungen an unseren Geburtstagen ruhig verzichten.

Für die Rotgenossenschaft der deutschen Wissenschaft. Die General Electric Company in New York hat unter Beteiligung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft und des Siemens-Konzerns der Rotgenossenschaft der Deutschen Wissenschaft (Berlin O. 2, Schloß, Portal 9) einen Betrag von zunächst 15000 Dollar zur Verfügung gestellt, mit dem Ziel, durch einen von der Rotgenossenschaft zu beauftragenden belandenden Ausschuss die wissenschaftliche Forschung auf dem Gebiete der Elektrizität zu fördern. Der Ausschuss ist berufen und tritt erstmalig am 23. Juli zusammen. Vorsitzender des Ausschusses ist Professor Dr. A. Blumhagen, Berlin O. 2, Anhalterstr. 22/24, an den die Anträge zu richten sind. Die näheren Richtlinien werden im übrigen durch die Gaspresse bekanntgegeben.

„Die Räuber“ im Zentraltheater.

Das Ensemble, das uns gestern im alten gemütlichen Zentral-Theater „Die Räuber“ besah, nennt sich Schauspielertheater. Ein etwas sonderbarer Name. Sind nicht alle Theater Schauspieltheater? Die Jungen (und nicht die schlechtesten) unter den Künstlern behaupten: Nein! Wie sich die Verhältnisse entwickelt haben, sind wir zu Handlangern, zu Maschinen, zu Theaterkommiss der Direktoren geworden. Wir sind aber Schauspieler und wollen Schauspiel sein. Es war nicht allzu schwer, einige zusammenzutrommeln, die es satt hatten, weiterhin Gehilfen des Theaterassistenten zu spielen.

Die gestrige „Räuber“-Aufführung war so etwas wie Hoffnung bringender Theaterfrühling. Sie scheint mir ein Weg aus dem Sumpf, in dem unsere Theater zu versinken beginnen. Deshalb las ich mich, geduldiger Leser, ein wenig bei den Ursprüngen verweilen. Bei den Künstlern war im Laufe der Zeit die Verbitterung wegen ihres Skandals um zu einem schwebenden Vulkan geworden. Um die Jahreswende machte sie sich Luft im Schauspielersstreik. Als er damals mit einem, wie es den Stürmenden schien, faulen Kompromiß endete, brach die Empörung los. Mit edlem Feuer schweberten damals Granath, Reuß und Karchow ihre Anklagen gegen Direktoren und Bühnengenossenschaft. Dieterle stand groß in der Ecke. Das Gespenst der Spaltung tauchte auf: Nun haben sich die, deren Kunstwissen noch lebendig ist, zu einem freien Ensemble zusammengefunden, das zuerst der Kunst und erst in zweiter Linie der Kasse dienen will. (Dieterle ist leider nicht dabei.)

Was mir gestern auf der primitiven Bühne in der Alten Jakobstraße sahen, war ein Erlebnis. Einen Holzstrog und kein Herz im Leibe mußte haben, wer da nicht gepakt und im Innersten aufgerüttelt worden wäre. Jeder Darsteller hatte sich mit Inbrunst in seine Rolle versenkt. Manche Gestalt würde ich anders aufgefaßt haben, um Schiller gerecht zu werden. Aber die Auffassung der Künstler war sorgsam durchdacht, das Spiel bis ins Letzte ausgearbeitet; jeder gab seine Rolle und zugleich sich selbst. Das ist das gute Recht des ersten Künstlers. Heinrich George spielte den Karl, jeder Zoll ein Held. Das große wie fernes Gewitter, da entlud sich krachend der Blitz der Empörung, da jubelte es befreiend auf aus niedergebaltetem Menschentum. Den Franz sahen wir gestern nicht als schleichende intrigierende Kanaille; Alexander Granath logte in ihn die Raft des aus dem Käfig befreiten Tigers. Er schreit, zischt, trällert eine wilde gewalttätige Singsphäre des Hasses, des starken Willens, der Verzweiflung. Er überhalspelt sich, dreht sich wiebelnd um sich herum, east mit dem Feuer der schäumenden Beste. Leo Reuß als Schweiger war ein ganzer Kerl. Fürchterlich, unheimlich mit seinem Raubtiergebiß, seiner machtvollen brüderlichen Stimme und seinen kraftstrotzenden Bewegungen. Eine eigenartige

Das Geheimnis des Speffart.

Aufmarschgebiet der weißen Garden.

Aus Bayern wird uns geschrieben:

Als vor kurzem die sozialdemokratischen Zeitungen in Würzburg, Bamberg und Nürnberg verboten wurden, weil sie das Treiben der Halenkreuzler im Speffart beleuchteten, da hat die Deffenlichkeit den Grund für das gehässige Vorgehen der bayerischen Behörden in der Hauptsache in der allgemeinen fanatischen Einstellung der bayerischen Regierungen- und Verwaltungsbürokratie gegen links gesehen. Die Gründe für das nervös-brutale Vorgehen gegen die sozialdemokratischen Blätter Nordbayerns liegen aber tiefer. Unsere fränkischen Parteiblätter hatten diesmal nicht über irgendeine Hülerei in München gesprochen, sondern sie hatten auf das dunkle Treiben der Hitler-Rekruten im Speffart hingewiesen. Der Speffart aber spielt in den Bürger-Umsurphantastien der Verführten und Führer der methodisch vorgehenden bayerischen Umsurphantastien eine hervorragende Rolle.

Schon zur Zeit, als Rahr noch das Ruder in der Hand hatte und der Streit um die Einwohnerwehr tobte, hatten die Einwohnerwehr-Männer im Speffart, zumeist nichteinheimische Elemente, es besonders auf die Dörfer und Punkte abgesehen, die an der wichtigen Bahnlinie Gemünden-Alschaffenburg liegen, auf Eisenbahnnotenpunkte, Brücken, Tunnels und dergleichen. Gerade in der Nähe wichtiger Punkte suchte man unter allen Umständen zuverlässige Garden zu formieren. Auch die Hitler-Leute sehen das Speffartgebiet nicht nur als gutes Übungsgelände für die Schießübungen der weißen Garden an, — wir sagen ausdrücklich: weiße Garden; denn an einen Kampf mit den Franzosen in absehbarer Zeit glaubt ernsthaft kein Hitler und kein Ludendorff — sondern als strategischen Hauptstützpunkt für einen Umsurz. Die Halenkreuzler, Ludendorff-Leute wie Rahr-Leute, sind ganz im militärischen Denken befangen. Aus unvorsichtig gemachten gelegentlichen Aeußerungen geht deutlich hervor, daß ihre ganze Sorge darin besteht, bei der nächsten großen Rutsch- und Krastprobe schnellstens die drei Industrie- und Arbeiterzentren in Nordbayern: Alschaffenburg, Schweinfurt und Nürnberg zu isolieren. Das kann ihnen nur gelingen, wenn sie im Speffart gegen das Frankfurter Industriezentrum, von woher die Hitler-Leute die die „Roten“ heranziehen sehen, einen festen Stützpunkt haben. Die ewigen Soldaten erinnern sich, daß durch den Speffart über Würzburg und Nürnberg die Heereskolonnen zogen. Die kapitalistischen Geldgeber Hitlers aber wissen, daß vom Speffart viele Arbeiter im Ruhrgebiet arbeiten und daß die meisten dieser Arbeiter im Ernstfall für die Reaktion keine Hilfe bedeuten. Rame es in der Entscheidung, auf die die Hitler-Leute hinarbeiten, zu einer Verbindung zwischen der Arbeiterschaft von Frankfurt bis Nürnberg, dann läßt die Hitler hoffnungslos hinter der Donau und könnte auf den Tag warten, wo ihn seine eigenen Anhänger nach der verlorenen Schlacht aufhängen. Hat er aber im teufelischen Augenblick den Speffart fest in der Hand, dann erdrückt er, wie er hofft, mit Hilfe des flachen Landes und im Bunde mit der Bürokratie, dem Kapital und dem völkischen Klerus die Stützpunkte der Arbeiterschaft für Nordbayern, und Bayern liegt zu seinen Füßen.

Der Sozialisierungsantrag Snowdens

Lloyd George greift in die Debatte ein.

London, 17. Juli. (CP.) Das Unterhaus hat mit 368 gegen 121 Stimmen einen Antrag des sozialistischen Abgeordneten Snowden abgelehnt, worin vorgeschlagen wurde, das kapitalistische System durch ein sozialistisches zu ersetzen. (Es handelt sich um den Abschluß einer Debatte, die bereits im Frühjahr durch eine Rede Snowdens, über die wir damals ausführlich berichteten, eingeleitet wurde. Red. d. „B.“) Der Antrag gab Anlaß zu einer längeren Debatte, wobei u. a. auch Lloyd George das Wort ergriß. Er vertrat den Standpunkt, daß, wenn die Reparations- und Ruhrfrage gelöst seien, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten für England nicht behoben sein würden, da England mit einer verstärkten Konkurrenz Frankreichs zu rechnen haben würde. Frankreich habe die zerstörten Gebiete schon wieder aufgebaut, es errichte ferner Fabriken mit allen modernen Maschinen, es habe neue Häfen angelegt und seine Kanäle elektrifiziert. Seine Handelsflotte sei zugleich um mehr als eine Million Tonnen vermehrt worden.

Nachtsitzung in Lausanne.

Die letzten Schwierigkeiten behoben.

Lausanne, 17. Juli. (CP.) Montagabend 11 Uhr fand eine Nachtsitzung statt, in deren Verlauf zwischen den Alliierten und Türken eine Einigung über die beiden noch strittigen Fragen, die der Räumung von Konstantinopel und der Konzessionen erzielt wurde. Das Liebesinkommen hat es ermöglicht, die drei Hauptkomitees auf Dienstagabend 5 Uhr zu einer Sitzung einzuberufen. Die Russen wurden heute Dienstag eingeladen, das Abkommen über die Meerengen zu unterzeichnen. Die Zeremonie der Unterzeichnung des Friedensvertrages findet am 23. Juli statt.

London, 17. Juli. (CP.) Auf eine Anfrage des Abgeordneten Kenworthy im Unterhause, ob Konstantinopel sofort nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages geräumt würde, antwortete Baldwin, daß die Räumung sehr rasch nach der Unterzeichnung des Vertrages stattfinden könne.

	17. Juli		16. Juli	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Weiss) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Weiss) Kurs
1 Holländischer Gulden	85958.—	85814.—	76807.50	77102.50
1 argentinische Papier-Peso	74812.50	75887.50	67831.—	67689.—
1 belgischer Franc	10673.50	10628.50	9876.—	9824.—
1 norwegische Krone	85511.—	85889.—	31923.—	32080.—
1 dänische Krone	38904.—	38496.—	34314.—	34486.—
1 schwedische Krone	57855.—	58145.—	51870.—	52130.—
1 finnische Mark	—	—	5398.—	5424.—
1 japanischer Yen	105795.—	106285.—	95870.—	96240.—
1 italienische Lire	9385.50	9383.50	8354.—	8398.—
1 Pfund Sterling	997500.—	1002500.—	897750.—	902250.—
1 Dollar	217455.—	218545.—	195111.—	196085.—
1 französischer Franc	12768.—	12832.—	11571.—	11620.—
1 brasilianischer Milreis	23142.—	23233.—	22448.50	22536.50
1 Schweizer Franc	37905.—	38095.—	34114.50	34285.50
1 spanische Pesta	31122.—	31278.—	28290.50	28170.50
100 österr. Kronen (abget.)	—	—	278.93	277.77
1 tschechische Krone	—	—	5890.—	5900.—
1 ungarische Krone	—	—	22.44	22.56
1 bulgarische Lema	—	—	17451.50	17541.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	2094.50	2105.50

Parks, die nicht alle kennen.

Man kann ganz gewiß nicht Berlin eine Gartenstadt nennen. Aber es muß doch zugegeben werden, daß für Anlagen und Unterhaltung von großen, grünen Flächen von jeher viel getan worden ist. Mancher wird staunen, wenn er hört, daß nach einer nur oberflächlichen Schätzung 450 Hektar städtischer Parkanlagen in Berlin vorhanden sind. Dazu kommen dann noch Spielplätze mit Rasen und grünen Bäumen, und man braucht heute gewiß nicht mehr auf die große hygienische Bedeutung aller dieser Dinge für das Proletariat und seiner Kinder aufmerksam machen, die auf Höfen und in dumpfen Hinterhäusern, in Kellern gleich Käfigen verdimmern.

Meherre dieser Gärten und Parks kennt wohl jeder in Berlin, den Tiergarten, den Humboldthain, Friedrichshain, den Treptower Park und den Schillerpark. Daneben aber gibt es eine große Anzahl anderer Gärten, die nur recht wenig bekannt sind, und eine Fahrt zu diesen Stätten ist vielleicht kein ganz schlechter und unnützer Reisetrip.

Da ist zunächst der Westen, der „feine und vornehme“ Westen, der natürlich auch „feine und vornehme“ Parks hat. Labend und lieblich ist der 7,1 Hektar große Schönewegerpark in Zehlendorf, aber noch viel eleganter, umraut und eingerahmt von eleganten Villen sind die 11,7 Hektar großen Parkanlagen am Thielplatz. In Eregly gibt es den 11 Hektar großen Stadtpark, in dem, ja, ja, es sind herrliche Zeiten, in denen wir leben, national-gesunde Gymnastik und des Nachts Felddienstaßungen abhalten! Lichterfeld besitzt den 6,6 Hektar großen Stadtpark mit wunderbaren Spaziergängen am Ufer des Teltowkanals unter uralten Bäumen. Aber auch der Südwesten ist nicht stiefmütterlich mit Parks ausgestattet. Rankwitz unterhält einen 8,3 Hektar großen Stadtpark mit einer 1 Kilometer langen Korbelsbahn, und Tempelhof hat außerdem einen 7,6 Hektar großen Parkgürtel, in Neu-Tempelhof den 2,8 Hektar großen alten Park. In Neukölln gibt es den Körnerpark und den 3,8 Hektar großen Schulenburgpark in der Nähe des Bahnhofs Köpenicker Heide. Im Osten und Nordosten begegnet man dem 5,8 Hektar großen Kurpark und dem 6 Hektar großen Bellevederepark in Köpenick, dem 6,1 Hektar großen Lichterbergpark und dem 2,5 Hektar großen Seepark in Karlshorst. Pankow besitzt den 7,5 Hektar großen Bürgerpark, in dem besonders gut für Spiel- und Sportplätze gesorgt ist. Im Norden endlich sind die Parkanlagen von Frohnau zu nennen, der 2,5 Hektar große Kaiserpark und der 6,8 Hektar große Erholungspark. Schade, daß dieser Park nicht auch so einen feuchten Namen hat wie sein Nachbar, der Kaiserpark. Neuhoflichkeit gewiß, und doch bezeichnend genug, wenn man weiß, daß es einen Park der Republik noch nicht gibt.

Und nun auf zu der glücklichen Reife. Aber einen guten und notwendigen Rat noch mit auf die Fahrt. Man lasse es sich ja nicht einfallen, auf den Rasen zu treten oder sich gar darauf zu legen! Das Schlimmste, was man früher tun konnte, war, die Majestät zu beleidigen. Heute ist das Schmachvollste, auf den Rasen eines öffentlichen Parks zu treten. Und wie merkwürdig: Der gemaltige Londoner Hyde-Park lebt schon viele hundert Jahre, trotzdem im Sommer täglich Tausende sich auf seinen Rasenflächen lagern!

Försters „Freude“.

Von einem Leser wird uns folgender Vorfall geschildert, der ein bezeichnendes Bild auf die Psyche jener Herrschaften wirft, die es gemohnt sind, ihr „altpreussisches Beamtenpflichtgefühl“ bei jeder Gelegenheit im Munde zu führen.

Am Sonntag, den 8. Juli, fuhr ein kleiner Ruderer im Alter von 12 und 15 Jahren eines mit bekannten ungelerten Arbeiters, der seit längerer Zeit mehrere Tage in der Woche auslieht, nach Bernau, um nach mehrstündiger Wanderung im Rüdninger Wald Blaubeeren zu suchen. Nach mühevoller Arbeit hatten die Kinder gegen Mittag einen kleinen Warmeladeneimer drei Viertel voll gesammelt, um recht schnell wieder nach Hause zu kommen, da die mitgenommenen Margarinefässer nicht länger reichen wollten und der Hunger sich einstellte. Plötzlich erschienen zwei Förster auf der Bildfläche, die Jagd auf Blaubeerjäger machten; sie traten an die beiden Kinder heran, schüttelten ihnen trotz inländischer Bitten die Beeren vor die Füße und gingen schweigend fort. Als die Kinder nun dachten, allein zu sein, sammelten sie die Beeren wieder ein. Flugs tauchte wieder einer der Herren Förster aus dem Hinterhalt auf und trat mit den Füßen die wieder ausgeschütteten Beeren kurz und klein. Beirritzt zogen die Kinder von dannen. Ein Stück weiter trafen sie denselben Herrn mit seiner Familie am See auf einer fröhlichen Ruderpartie begriffen, die er ab und zu unterbrach, um eine Jagd auf Blaubeerjäger zu veranstalten und vor Vergnügen die Beeren zu zertrampeln. Diesen Herrn wünschte ich — so schreibt unser Gewährsmann — nichts als das Bos der beiden Kinder auch nur ein halbes Jahr zu teilen. Das Blut steigt einem anständigen Menschen nach dem Kopf über diese gemeine Herlosigkeit. Mit Worten läßt sich diese brutale Rohheit ja gar nicht brandmarken, trotzdem der tüchtige Forstbeamte einwenden wird, die Kinder hätten keinen Blaubeerjäger. Sie hätten auch wirklich keinen und konnten auch keinen kaufen, da sie nicht wußten wo. Sie wollten lediglich auch einmal eine Blaubeerluppe essen. Aber trotzdem hätten sie, wenn der Herr Förster ansieht den Beuten die Blaubeeren zu zertrampeln, sich einige Duzend Blaubeerfässer in die Tasche gesteckt hätte, denn der erforderlichen Betrag erlegt. Die Schiene gibt es aber jedenfalls nur in der „Sprechstunde“ des Herrn Försters. Es kommt ja auch nicht auf den Schein, sondern nur auf das „Rappen“ an... Soweit die Zusage. In dem kleinen Vorfall zeigt sich wieder der „alte gute preussische Beamtengeist“, der immer noch lebt und gedeiht, in den Köpfen jener Gesellschaft, die ein gnädiges Gesicht bisher danach bewahrt, die Lustigung für dergleichen und anderes zu empfangen. Dem Herrn Förster ist wohl, er hat seine Pflicht erfüllt und kriegt nächstens eine Medaille für 25jährige dem Staate treu geleistete Dienste. Glücklicher Staat, der noch solche „Beamte“ hat.

Eine Handvoll Pfeffer.

Der Raubüberfall in den Winterstuben.

Wie bereits in der heutigen Morgenausgabe kurz mitgeteilt, wurde gestern ein vermögiger Raubüberfall auf eine Kontoristin der Rheinischen Winterstuben in der Leipziger Straße 32 verübt. Die Betroffene, ein 23 Jahre altes Fräulein Kartha Wille aus der Pestalozzistraße 101, hatte im Laufe des Vormittags die Einkünfte aus beiden Betrieben, dem in der Leipziger Straße und dem in der Taubenstraße, zur Ablieferung auf die Bank fertig gemacht. Es waren die Beträge vom Samstagabend und Sonntag im Gesamtbetrag von 23 Millionen Mark. Um 11½ Uhr schied Fräulein Wille die zweite Kontoristin mit einem Auftrage nach dem Keller hinunter. Wenige Minuten später, während sie nach vor dem Geldschrank stand, in den sie soeben die bankfertige Kasse hineingelegt hatte, trat ein fremder Mann ein und fragte nach seiner Identität, die er verloren habe. Raum hatte sich die Kontoristin umgedreht, als ihr der Fremde eine Hand voll feinen Pfeffer in die Augen warf. Die Kontoristin war im Augenblick nicht imstande, um Hilfe zu rufen. Gleich darauf verschwand der Fremde mit den 23 Millionen. Die Dame rief jetzt eilig den Kellermeister an, nahm dann sofort auch selbst die Verfolgung auf, die jedoch kein Ergebnis hatte. Der Räuber war spurlos verschwunden. Die Ubersetzerin beschreibt ihn als

einen Mann, der etwa 1,72 Meter groß ist, dunkelbrondes bis schwarzes Haar und ein glattrasiertes Gesicht hat und einen dunklen Anzug mit dunklem weichen Hut trug. Er hatte eine kräftige Gestalt. Man muß annehmen, daß er die Gepflogenheiten des Geschäfts kannte und wußte, daß gerade am Montag der Eingang am größten ist, weil er sich aus den Tagesfolgen des Sonabends und Sonntags zusammensetzt. Die Kriminalpolizei wurde alsbald benachrichtigt und nahm die Ermittlungen auf.

„Paul von der Münze“.

Das Lehrlingskonjunktium und seine Führer.

Eine überraschende Aufklärung fanden mehrere Einbrüche, die in den letzten Tagen in Karlshorst und Berlin verübt wurden. Als Täter wurden ein Mechanikerlehrling Sch., ein Photographenlehrling R., beides Söhne achtbarer Familien, und ein gewisser Paul Mahnkopf verhaftet, ein Mann von 25 Jahren, der der Kriminalpolizei bereits als Fassadenkletterer bekannt ist und in seinen Kreisen den Spitznamen „Paul von der Münze“ führt. R. trieb sich schon seit Wochen umher, und seit dem vorletzten Sonntag ließ sich auch Sch. in der Wohnung seiner Eltern nicht mehr sehen, nachdem er ihnen einige Schmuckstücke und ein Fahrrad gestohlen hatte. Die beiden Freunde verließen diese Beutestücke an einen Zahntechniker aus Karlshorst, erbeuteten das Geld vor dem Café Post auf dem Potsdamer Platz und brachten es in ganz kurzer Zeit in Lokalen in der Münzstraße durch. Hier lernten sie auch den Mahnkopf kennen und waren jetzt in den „richtigen“ Händen. Mit dem Fassadenkletterer machten sie gleich am ersten Abend der Bekanntschaft einen Beutezug nach der Unterjörgstraße in Karlshorst und bald darauf einen zweiten nach der Friedrichsteiner Straße dort. Dann stiegen sie auf einem Grundstück in der Blumenstraße zu Berlin von der Treppe aus durch den Luftschacht in die Fabrik von Fuchs ein, in der Sch. einmal gelernt hatte. Hier erbeuteten sie für 40 bis 50 Millionen ganz kleine Mikrometerschrauben, die sie in der Münzstraße für 350 000 M. verkauften. Dieses Spottgeld war bald wieder verkauft, und jetzt machte sich die Gesellschaft zu einem neuen Zuge nach Karlshorst auf. Hier drang sie bei einem Kobranen in der Zunderjörgstraße ein, bei dem Sch. früher schon einmal eine größere Menge Quecksilber gestohlen hatte, das er in einer Goldanlaufstelle in der Brückenstraße zu Geld machte. Mit der neuen Beute beladen, wurden die drei an der Bahnüberführung in Karlshorst von Beamten der Schutzpolizei angehalten und festgenommen.

Arbeiterkassal.

Man schreibt uns:

Wer als Fürsorgerin auf seinen Berufsgängen in die Häuser der Hilfebedürftigen kommt, sieht oft Elend, das weit über das Maß des Ertragens geht. Am traurigsten aber ist es, solchen Menschen nicht helfen zu können, denen oft durch ein Weniges noch Lebensmöglichkeiten zu geben wären.

Da ist ein alter Zigarrenmacher, ein geistig reger Mann, der gern sich und seine Frau mit eigener Arbeit durch die letzten Lebensjahre bringen möchte. Er hat, als vor zwei Jahrzehnten in keinem Gewerbe ein großer Stillstand eintrat, einen Posten als Omnibusfahrer angenommen. Dabei hat er sich, der nur an Arbeit in geschützten Räumen gewöhnt war, ein schweres Leiden zugezogen, das im Laufe der Jahre zu einer Lähmung der Beine geführt hat. Heilbehandlung durch die Kasse, Kuren und Bäder hatten immer Erfolg. Aber verdoppelte Arbeitsleistungen, um den durch diese Zeit verlorenen Dienst auszugleichen, führten zu bösen Rückfällen. Jetzt arbeiten Mann und Frau seit Jahren als Zigarrenheilmacher. Die Kinder sind verheiratet und unterstützen die Eltern, soweit es irgend geht. Aber der Mann ist bewegungsunfähig geworden, seit drei Jahren ist er nicht mehr aus der Wohnung gekommen, und die allmählich schwächlich gewordene Frau muß nicht nur mitarbeiten, sondern muß dem gelähmten Mann bei seiner Arbeit familiäre Zurrichtungen machen und alle Gänge besorgen. Es ist ihm jetzt in Aussicht gestellt worden, daß er eine Badecur in Deggau machen kann, die ihm persönlich keine Kosten verursachen würde. Er hätte dadurch die Möglichkeit, wieder für ein paar Jahre leistungsfähig zu werden und für sich und die Frau ohne Inanspruchnahme fremder Hilfe zu sorgen. Er kann diese Hilfe aber nur annehmen, wenn ihm leichweise ein Krankenfahrstuhl (nicht Selbstfahrer) zur Verfügung gestellt wird und wenn freundliche Menschen mit dazu beitragen, daß seine Frau mitfahren kann; ohne sie wäre er, auch wenn er seinen Fahrstuhl hat, doch hilflos. Wer hilft dem alten draven Parteigenossen? Mitteilungen nimmt die „Vorwärts“-Redaktion gern entgegen.

Sommerfest der Kleingärtner.

Ein Sommerfest, das durch das Sonntagswetter wenig begünstigt war, veranstalteten die Kleingärtnervereine des Schöneberger Südgebietes. Der große Dominicus-Spielplatz gab einen weitgespannten Rahmen für das Fest ab, und eine wahre Völkerverwanderung sehlo schon vor Festbeginn ein. Mitglieder von 30 Vereinen kamen in 3 Zügen anmarschieret. Die Woggen, ganz gleich, ob es sich um große oder kleine handelte, waren mit Buntpapier und Blumen prächtig ausgeschmückt, ebenso gab die farbenfrohen Vereinsbanner ein schönes Bild ab. Vertreter der Stadt und auswärtige Gäste, u. a. aus Wien, waren anwesend. Da der Platz aber zu stark sonnenbegrüht war, wollte man die Hauptdarbietungen und vielfach auch den Besuch auf den Abend verlegen. Jedoch spielte das Gewitter manchem einen Schreck, und Menschengedränge schied ein. Dennoch lohnen die Kleingärtner an dem allgemeinen Interesse, das diesem Feste entgegengebracht wurde, daß immer weitere Kreise sich für ihre Sache interessieren und daß es ihnen gelang, sich zahlreiche Freunde und Gönner zu erwerben. — Langwierig machen aber überall Geschäfte. Das bezugte eine Augenblicksbeobachtung. Ein hoch im Felde ein Fahnenträger, der nur eine Stange hielt. Und auf den Anruf: „Warum zeigst Du denn nicht Deine Fahne?“ kam die Antwort: „Die haben le mir geklaut.“

Keine Schließung der Turnhallen. Zur Meldung über einen angeblich kommenden Streik der Hausmeister in den Turnhallen teilt die Deputation für Schulwesen mit: Die den Schulhausmeistern und Turnhallenaufsichtern zu zahlende Entschädigung für die Dienstleistung bei der Vergabe von Schulräumlichkeiten ist vom 15. Juli 1923 ab auf das 3½fache erhöht worden. Bei weiterer Geldentwertung ist die Einführung einer gleitenden Stala vorgesehen. Nach den Verhandlungen mit Vertretern der Hausmeister darf damit gerechnet werden, daß in sämtlichen Schulen die Arbeiten fortgeführt werden, den Turnvereinen also keine Schwierigkeiten entstehen.

Sprachkurse für Proletarier. Die Kurse in Englisch und Russisch in der 92. Gemeindeschule, Winterfeldstraße 16, fallen infolge der Ferien vier Wochen aus.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Ein wenig kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt mit leichtem Regenabfällen und ziemlich frischen westlichen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

79. Abt. Schöneberg. Heute nahm Frauenausschuss nach Zinndorf, Rosa Winkel, Berliner Str. Ruffelschlag und abends Gemütliches Beisammensein. Treffpunkt nachmittags bei Frau Schmitt 17.

30. Abt. Wittmoor, den 18. d. Mts. 7½ Uhr. Sitzung der Kommunalen Kommission bei Wilhelm, Petersburger Str. 6. Vortrag des Gen. Ringler über: „Die Bedeutung der Finanz- und Finanzwirtschaft.“

23. Abt. Wittmoor, den 18. d. Mts. 7½ Uhr. Angereicherter Verhandlung mit den Obern bei Götter, Schwedter Str. 33.

12. Kreis. Tempelhof, Marienfeld, Marienfeld und Blüthenrade. Sonntag, den 23. Juli. Sommerfest im Wirtshaus Tempelhof. Mitwirkende: Axel Reuter, Isabella, die Fichtner, der Volkshaus Tempelhof, Marienfeld, Marienfeld, u. gemischter Choral, Arbeiter-Kabarett, „Solibühne“ und die Arbeiterjugend. Karten je 1000 M. in allen Konsumhäusern der vier Orte und bei allen Gasthäusern. Für arbeitlose Genossen und Kinder gratis frei.

Gewerkschaftsbewegung

Zum Kampf in den Krankenhäusern.

Wie uns vom Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter mitgeteilt wurde, sind etwa 1500 bis 2000 Krankenspieler und Pflegerinnen fristlos entlassen worden. In den Waisenhäusern, wo man gleichfalls den Versuch gemacht hat, die geteilte Arbeitszeit einzuführen, ist davon vorläufig Abstand genommen worden. Im Waisenheim in der Alten Jakobstr. wurde jedoch der Portier fristlos entlassen, weil er sich in die Angelegenheit eingemischt habe. Zu der von uns angeführten Darstellung des Magistrats, daß im Städtischen Angestellten-Tarifvertrag ein Mitbestimmungsrecht über die Verteilung der Arbeitszeit nicht besteht, wird uns vom Gemeinde- und Staatsarbeiterverband mitgeteilt, daß es in § 2 Ziffer 3 des Angestellten-Tarifvertrages ausdrücklich heißt: „Die Arbeitszeit ist eine durchgehende. Abweichungen hieron können in den Bestimmungen mit der Angestelltenvertretung eingeführt werden.“ Dieses betrefte der Arbeitszeit ausdrücklich festgelegte Mitbestimmungsrecht ist mißachtet worden. Im Angestellten-Tarifvertrag heißt es außerdem, daß eine Entlassung nur mit Zustimmung des Betriebsrates erfolgen kann. Auch diese Bestimmung ist verletzt worden.

Soweit die Mitteilungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Wir können unsererseits nur bedauern, daß man durch ein Vorgehen, für das uns das Verständnis fehlt, die Dinge unnötigerweise auf die Spitze getrieben hat. Daß eine fristlose Entlassung in diesem Falle rechtlich nicht haltbar ist, liegt auf der Hand.

Besonders schlimm aber ist es, daß man sich gerade in den Krankenhäusern für solchen Experimenten ausprobiert. In diesen Betrieben, wo vom Pflegepersonal ein großer Aufwand an Selbstverwindung und persönlicher Hingabe gefordert — und tatsächlich geleistet wird; wo für das Pflegepersonal Berufsgefahren bestehen, die in anderen Berufen unbekannt sind; wo die Opfer eines Kampfes hilflose Kranke sind, grade da müßte unbedingt mit Umsicht, Takt und menschlichem Verstand vorgegangen werden.

Wiederaufbau der Berufslehre.

In fast allen Ländern, wo eine Großindustrie besteht, war in jüngerer Zeit ein gewisser Verfall der Berufslehre wahrzunehmen. Das führte zu einem Mangel an hochqualifizierten Arbeitern, und die als gelernt geltenden Arbeiter erwiesen sich oft mangelhaft ausgebildet. In einigen Ländern wird diese Lage teilweise dadurch zurückgeführt, daß die Berufslehre gegenwärtig noch nach dem überlieferten System vor sich geht, aber nicht dieselbe Gewähr wie früher in bezug auf Ueberwachung der Lehrjahre und gründliche Unterweisung der Lehrlinge bietet, überdies ist für diese nach Beendigung der Lehrzeit oft keine Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden. Deshalb werden Versuche gemacht, die Berufslehre unter Anpassung an die modernen Produktionsweisen wieder aufleben zu lassen. Eine Uebersicht solcher Versuche gibt ein Aufsatz in der „International Labour Review“ des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Diese Uebersicht bezieht sich hauptsächlich auf die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Südafrika und Australien und auf die Buchdruckerei, die Bau- und Eisenbahngewerkschaften.

Das Verfassungsgesetz des amerikanischen Staates Wisconsin bestimmt beispielsweise, daß der Staat als dritte Partei am Lehrvertrag beteiligt zu sein hat, um seine Einhaltung und den Schutz der Interessen der Lehrlinge zu gewährleisten. Das Gesetz enthält ausführliche Bestimmungen über den Lehrvertrag. Ausführungsbestimmungen wurden bereits erlassen. Abschriften der Lehrverträge sind der Wirtschaftskommission zu senden, welche die sozialpolitische Behörde des Staates ist. Alle Tarifverträge, welche die Lehrlinge betreffen, bedürfen ihrer Genehmigung. Sie beauftragt auch die Ausführung der Norminstruktionen, die von gemeinsamen Ausschüssen der Arbeiter und Unternehmer der wichtigsten Gewerbe aufgestellt wurden. Zur Richtigerklärung eines Lehrvertrages ist nur diese Behörde berufen. Das Gesetz sieht ferner auf Grundgesetzliche Feststellungen die Zahl der Lehrlinge für jedes Gewerbe vor, ebenso sind die Löhne auf statistischer Basis festgelegt.

Eine interessante Neuerung wurde in dem australischen Staat New-Süd-Wales eingeführt. Der Lehrvertrag kann sowohl mit einem einzelnen Unternehmer wie auch mit einer Gruppe von Unternehmern eingegangen werden. In letzterem Falle sind die Mitglieder des Unternehmerverbandes gemeinsam zur Ausführung des Vertrages verpflichtet und der Lehrling kann bei jedem dieser Verbandsmitglieder arbeiten. Damit wird er in die Lage versetzt, eine möglichst gute Ausbildung zu erlangen und es wird damit auch die Schwierigkeit beseitigt, die sich für ihn aus der Gebundenheit an einen einzigen Unternehmer ergab.

Der erwähnte Artikel behandelt außer behördlichen Eingriffen in den Lehrvertrag auch bemerkenswerte Versuche einzelner Großunternehmungen zur Verbesserung und Modernisierung der Berufslehre, namentlich solche, die von Eisenbahngesellschaften in den Vereinigten Staaten und Kanada unternommen wurden. Vielfach wurden vollständige Systeme der theoretischen und praktischen Ausbildung eingerichtet. Die praktische Unterweisung wird gewöhnlich in besonderen Lehrwerkstätten der anderen Anstalten erteilt und der Unterricht findet während der Arbeitszeit statt. Für die dazu verwendete Zeit erhalten die Lehrlinge die übliche Bezahlung. In einigen Fällen sind die Unternehmer in Gemeinschaft mit den Arbeitern an das Problem herangetreten, so z. B. in den New Yorker Baugewerken, wo eine Behörde-Kommission eingesetzt wurde, die aus einer gleichen Zahl von Unternehmer- und Arbeitervertretern besteht. Solche Kommissionen gibt es auch in anderen Gewerken. Sie stellen ausführliche Vorschriften für die Berufslehre auf und finden Beschäftigung für die Lehrlinge.

Festgefahren.

Auf die Darstellung des Genossen Ulrich über den Verlauf des Metallarbeiterstreiks, die der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsausgabe veröffentlicht hat, weiß die „Rote Fahne“ lediglich nicht das Gerüchte zu erwidern. Sie sucht sich nur an einem Punkt festzu-

klamern, wobei sie sich jedoch erst recht ins Unrecht setzt. Es wäre eine „Lüge“, daß die „Rote Fahne“ vom 25. Juni bis 12. Juli eine Steigerung der Lebenshaltungskosten von 86,6 Proz. errechnet hätte, während die Lohnsteigerung der Metallarbeiter im selben Zeitraum 93 Proz. ausmache. „In der von Ulrich angegebenen Zeit betrug die Steigerung der Lebenshaltungskosten nach unseren Berechnungen etwa 80 Prozent.“ So die „Rote Fahne“. Die „Lüge“ des Genossen Ulrich bestände also darin, daß er den kommunistischen Indez zu günstig bewertet hat. Die durch die Vereinbarung erreichte Lohnsteigerung beträgt nicht 6,4 Proz. mehr als die Steigerung der Lebenshaltungskosten, die die „Rote Fahne“ errechnet, sondern 13 Prozent mehr. Wir nehmen davon dankbar Kenntnis.

Ja, ja, die „Rote Fahne“, es kommt aber darauf an, wie die Lohn- und Preissteigerung nach dem 12. Juli verlaufen wird. Hier kommt der unerhörte Betrug, den die „Rote Fahne“ bisher verübt hat und noch weiter verübt, zum Vorschein. Die Bedeutung der Vereinbarung und der große Erfolg des Berliner Metallarbeiterkampfes bestehen jedoch in der Tatsache, daß die Steigerung der Lebenshaltungskosten auch für die Zukunft ohne weiteres zu den Löhnen geschlagen wird, und zwar auf Grund einer vom Metallarbeiterverband vorgeschlagenen Liste von Bedarfsartikeln. Diese Tatsache hat die „Rote Fahne“ bisher ihren Lesern entweder unterschlagen oder in einer Form mitgeteilt, die sie in einem falschen Licht erscheinen lassen mußte. Indem sie nun ihren eigenen Indez zu verteidigen sucht — worüber noch zu reden sein wird —, stellt sie selbst fest, daß ihr mit großem Lärm angepöbelter „Friedensreallohn“ nichts anderes ist als ein simpler Indezlohn und daß die Vereinbarung in der Metallindustrie, indem sie die kommende Preissteigerung berücksichtigt, die Wertbeständigkeit der Löhne sichert.

Eigenartige Arbeitervertreter.

Vom Deutschen Portier-Verband wird uns geschrieben: Seit Jahr und Tag ist unsere Organisation, der Deutsche Portier-Verband, eifrig bestrebt, alle Berufscollegen und -kolleginnen in Groß-Berlin zu einer Einheitsorganisation zusammenzufassen. Erfreulicherweise kann gesagt werden, daß wir, abgesehen von einem Bäderputzenden Außenstehenden, die sich im „Nationalen Berliner Portier-Verband“ noch zusammenfinden, diesem gesteckten Ziele ziemlich nahe gekommen sind. Ein ehemaliger Angestellter unserer Organisation, Joseph Kofinski, der von uns aus gewissen Gründen gekündigt wurde, hat es nun für richtig gehalten, diesen „Freunden“ und gelben „Brüdern“ Gefolgschaft zu leisten. Der Verein ist solcher Ueberläufer durchaus würdig, auf die wir im Interesse unserer und der gesamten Arbeiterschaft schon aus Reinlichkeitsgründen herzlich gern verzichten. Steht doch an der Spitze dieses Vereines Herr Albert Gändke, ein Mann, der als Generalverwalter ausschließlich Hausbesitzerinteressen zu vertreten hat; der sich selbst von seiner Portierfrau verlagern läßt, weil er ihr die tarifliche Entlohnung vorenthält; der des weitern den Mut fand, gegen eine Hausreinigerin die Räumungsfolge einzuleiten. Dazu kommt nun Kofinski, der, soweit wir unterrichtet sind, bereits als Kassierer für diesen Verein vorgesehen ist. Wir gratulieren ganz besonders zu diesem Posten, da, wie die Gerichtsakten erweisen, Kofinski bereits Proben von seiner besonderen Fähigkeit für einen derartigen Posten abgelegt hat.

Kein Mensch wird uns daher wohl zumuten können, uns mit Leuten an den Verhandlungstisch zu setzen oder sie als gleichberechtigt neben uns zu dusden, die alles andere eher als Arbeitervertreter sind. Berräten sind jedoch nicht wir, sondern allein der „Berliner Portier-Verband“.

Wertbeständiger Lohn und „nationale“ Presse.

Es ist erklärlich, daß die reaktionäre Presse das Problem des wertbeständigen Lohnes nach allen Regeln der Kunst zu verdrängen sucht. Auch das deutliche „Stader Tageblatt“ brachte in seiner Nr. 166 vom 6. Juli einen derartigen Beitrag, worin es u. a. hieß:

„Kun ist aber das Sachvermögen des deutschen Volkes schon ganz erheblich zusammengeschrumpft. Diese Tatsache kommt auch darin zum Ausdruck, daß die Gewinnaquote des Kapitals erheblich unter die Lohnquote der Arbeiterschaft gesunken ist.“ Der Genosse Heinrich Rehmeyer in Adenstedt schickte dem „Stader Tageblatt“ daraufhin unter dem 10. Juli ein berichtendes Eingeländ, dessen Abdruck jedoch verweigert wurde. Die folgenden bezeichnenden Betrachtungen von einem bestimmten Fachgebiete aus wurden den Lesern des genannten Blattes vorenthalten:

„Im 1914 kostete ein Ziegelstein hier 1 1/2 Pf., ein Ziegelarbeiter bekam jährlich 60 Pf. Lohn gleich 84 Steine pro Stunde. Ende 1920 kostete ein Ziegelstein 60 Pf. Ein Ziegelarbeiter bekam 4,20 M. pro Stunde, den Preis für 84 Ziegelsteine = 20,40 M. mußte er verdienen. Der Arbeitgeber bekam also für jede für ihn geleistete Arbeitsstunde 16,20 M. extra. Jetzt, 1923, kostet ein Ziegelstein 600 M., ein Ziegelarbeiter erhält 5000 M. pro Stunde, dagegen kosten 84 Ziegelsteine 20.400 M. Ohne den sonstigen hohen Gewinn, der dem Ziegelfabrikanten für jeden Stein zufällt, profitiert er an jeder für ihn geleisteten Arbeitsstunde 15.400 M. — Also wenn in einer Ziegerei 80 Arbeiter beschäftigt werden, ergibt das 8 Stunden pro Mann täglich mal 80 Mann = 240 Arbeitsstunden x 15.400 M. = 3.696.000 M. pro Tag. Ist solche tägliche Nebeneinnahme für jemanden, der nicht arbeitet, auch nichts vom Fach gelernt zu haben braucht, für Deutschlands Aufbau oder für den Beruf? In den sonstigen Industrie- sowie Großbauunterbetrieben ist das Bild nicht wesentlich anders.“

Ein rabiater Unternehmer.

Unter Berufung auf das Pressgesetz erhalten wir von der Firma J. A. Scheu G. m. b. H. folgende Berichtigung:

„Die in der Morgenausgabe des „Vorwärts“ vom 7. Juli 1923 unter der Aufschrift „Ein rabiater Unternehmer“ gegebene Sachdarstellung ist in wesentlichen Punkten unrichtig.“

1. Ich habe nicht erklärt, daß die Berichterstattung nicht erforderlich sei. Die Sachlage war vielmehr die:

Am Tage zuvor hatten die Arbeiter eine gleiche Versammlung zwecks Berichterstattung während der Frühstückspause verlangt und ohne weiteres bewilligt erhalten. Anstatt diese Vereinbarung auszuführen, hatte am Tage zuvor die gesamte Arbeiterschaft bereits eine Stunde vor der Frühstückspause sich auf dem Fabrihofe versammelt.

Nur und ausdrücklich deshalb ist die Genehmigung zur Berichterstattung während der Frühstückspause für den folgenden Tag von mir abgelehnt worden. Zugleich habe ich aber mit dem Obmann des Arbeiterrats eine Vereinbarung dahin getroffen, daß er eine kurze Mitteilung über den Streit und die noch vorzunehmende Urabstimmung anhängen lassen solle.

2. Trotz dieser Vereinbarung verließ am Donnerstag, den 5. Juli cr., die gesamte Arbeiterschaft nach der Frühstückspause das Fabrikgrundstück, um die Versammlung außerhalb vorzunehmen. Der Arbeiterrat teilte dieses dann der Geschäftsleitung mit, worauf ihm erklärt wurde, daß das an sich eigenmächtige Verlassen der Fabrik und Wiederlegen der Arbeit ein Grund zur sofortigen Entlassung sei.

3. Die Geschäftsleitung hat lediglich aus dem oben zu 2 am Ende angegebenen Grunde mit dem Arbeiterrat darüber verhandelt, daß mit der Arbeiterschaft folgende Vereinbarung getroffen werde: „Bei der Geschäftsleitung hat der vollzählige Arbeiterrat im Namen der Arbeiterschaft die bündige Erklärung abgegeben, daß Verstöße gegen den § 46 des Betriebsrätegesetzes in Zukunft unterbleiben. Zwischenhandlungen werden eventuell sofortige Entlassung nach sich ziehen.“

Hierüber ist allerdings eine Einigung nicht erzielt worden. Die Arbeiterschaft verlangte ihrerseits, jede Veranlassung in den Pausen vorzunehmen zu dürfen. Auch hierüber ist eine Einigung nicht erzielt.

Diese Berichtigung ist in Wirklichkeit eine Bestätigung unserer Richtig.

Die Löhne für Rohe- und Baulempfer betragen vom 1. bis 18. Juli 15.000 M., vom 19. bis 25. Juli 19.000 M. Die Löhne der Junggelesen und Helfer regeln sich proportional wie bisher. Es ist vereinbart worden, für die Lohnwoche vom 19. bis 25. Juli 1923 erneut zu verhandeln, wenn die Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Angestellte der Wagen- und Karosseriebaubranche! Auf unser Ersuchen hat sich der Arbeitgeberverband bereit erklärt, den Angestellten für den Monat Juli eine Vorschusszahlung in Höhe von 80 Proz. des Juniemkommens zu gewähren. Zentralverband der Angestellten.

Metallarbeiterstreik in Schlefien. Die Metallarbeiter der Betriebe des Verbandes Schlesischer Metallindustrieller haben, wie uns aus Breslau gebracht wird, in einer Urabstimmung mit Dreierleitern den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt und sind heute morgen in den Streik getreten.

Zentralverband der Schuhmacher. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, Generalsammlung im Generalschulhaus, Saal 4, Engelstr. 225. Freitag, abends 7 Uhr, Versammlung der Tamburmeisler bei Heranow, Oranier Weg 2.

Wahrung, B.S.P. Metallarbeiter Lichtenbergs! Am Mittwoch nachmittags 4 Uhr, bei Seipke, Pflanzensaal, Kronenprinzenstr. 66, Schanzenstraße. Versammlung sämtlicher B.S.P. Metallarbeiter. Das Ersicheren aller B. Pflicht. Der Fraktionsvorsitz.

Zentralverband der Angestellten (Chemische Industrie). Mitgliederversammlung, Donnerstag abends 7 1/2 Uhr, Neue Pflanzensaal, Rappiner Str. 9/97. Nichtfunktionäre Metall. Donnerstag abends 7 Uhr, wichtige Versammlung in den „Küsterkellen“, Kaiser-Wilhelm-Str. 31. Legitimation: Funktionäre und Mitgliederbuch des B.S.P., D.B.R., S. d. A.

Wirtschaft

Lockerung der Devisenhandelsvorschriften. Die Reichsbank hat die von ihr für den Devisenhandel erlassenen Vorschriften gemildert. Sie verlangt nicht mehr, daß ihr bei jeder Zuteilung von Devisen der Name des Käufers genannt wird, sondern fordert vielmehr von jetzt ab nur, daß die ursprünglichen Auftraggeber schriftlich an die Devisenbeschaffungsstelle mitgeteilt werden. Sie behält sich besondere Nachprüfung darüber vor, ob die Banken zu derartigen Devisenläufen nicht Kredite geben und daß sie die Notwendigkeit der Devisenbeschaffung ihrerseits unterliegen.

Weitere Ausdehnung der Schokoladenindustrie. In München wurden die Sarotti Bagerwerke A.-G. gegründet. Gründer sind die Sarotti A.-G. in Berlin, Koffers Kaffee-Gesellschaft G. m. b. H. in Bielefeld und die Genopis-Nährmittelwerke in München. Unter der genannten Firma wird in München eine Schokoladenfabrik zur Herstellung von Erzeugnissen von der Kakaobohne an bis zum Fertigprodukt errichtet.

Die österreichischen Kapitalisten Nuhnler des Marktes. Die Katastrophe der Mark brachte den österreichischen Kapitalisten, welche in diesen Dingen bereits eine große Erfahrung haben, ungeheure Gewinne. Das österreichische Kapital hat in den letzten Jahren beträchtlichen Anteil an deutschen Unternehmungen genommen, und die Kapitalabwanderungen nach Deutschland haben zu einer Zeit eingelegt, wo die Mark noch signifikant wertvoller war als die österreichische Krone. Die für den Aktien- und Effektenkauf notwendigen Markbeträge sind die österreichischen Kapitalisten meist gegen hohe Zinsen schuldig geblieben, und jetzt können diese Schulden mit ihren österreichischen Kronen für ein Butterbrot abzahlen. So haben die österreichischen Kapitalisten durch das Einströmen des schweizerischen Kapitals hohe Gewinne erzielt, auch von der deutschen Währungsnotlage einen großen Nutzen. Gegenwärtig ist die österreichische Krone beständig als der Schweizer Franken, und deshalb kündigt jetzt das schweizerische Kapital ebenso nach Oesterreich, wie vor einem Jahr das österreichische nach der Schweiz.

Die Goldrechnung in Rußland. In einem der Presse gegebenen Interviews erklärte der Finanzkommissar Stolotnikow, daß der Uebergang zur Uchermonet-Goldrechnung bereits begonnen habe, so daß im nächsten Jahr das gesamte Budget auf Uchermonet (gleich 10 Goldrubel) basieren werden würde. Rückwärts werden im Jahre 1924 außer Uchermonetnoten auch Münzen herausgegeben werden. Amisch wird gemeldet, daß man beabsichtigt, die Obligationen der russischen Prämienanleihe mit Goldmünzen, und zwar Uchermonetmünzen neuer Prägung einzulösen.

Recamontverlag für Berlin: Helios-Verlag, Berlin; Witzsch, Berlin; Kras-Gebens, Friedrichshagen; Gewerkschaftsbewegung; J. Gieseler, Berlin; Joubert; Dr. John Schönlank, Charlottenburg; Solales und Gorkows; Felix Barthel, Berlin; Wilmersdorf; Knippen; Th. Gluck, Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag, Berlin und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3.

Zeitungspapier
Gründl. kg 2000.
Baus-Wein-
lampen Rollen
hohe Preise
Neukölln
No. 179
Vlangsch. Ringbahn
Hermagn. Herm. 281.

Metallbetten
Stahlmatratz., Kinderbetten dir. an Priv.
Kat. 30A frei. Eisenmöbellfabr. Subl. Thür.

Marken-Zigaretten
Schweizer Stempeln
und Zigarren
gibt billigst ab
Adolf Nagel
Hermagn. Herm. 281

Zwei feste Preise!
Zähne 8000 u. 10000 M. Friedenskauf-
schekplatte einbegriffen.
Teilzahlung gestattet. Weltgehende 3 Jahre schriftliche Garantie.
Kronen (Brücken) ohne Gummieplatte u. 15000 M. Goldarbeiten
billigst.
Parad. fachmännische Woodwunderzahn u. Kostenausschlag gratis.
Über 20.000 Gebisse zur vollen Zufriedenheit geliefert.
Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung gratis.
Natvant, Danziger Str. 1 (Hochbahn Danziger Str.)
Ecke Schönhauser Allee.
Außerdem 10 Prozent Extra-Rabatt

Reste-Haus
C. Pelz
Kottbuser Str. 5
Anzugstoffe
Kostumstoffe
Mantelstoffe
Kleidstoffe
Seidenstoffe
Mantel, Kostüm-
Röcke
2% Rabatt!

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gardine, Kammerne,
Tuche, Affenhaut, Flausche,
Plüsch, Kleider-Samete,
Anzug- u. Paletotstoffe.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79

Wäschestoffe
Der Leib- u. Bettwäsche
Handtücher, Hemd-
taschen, Damast,
Dimit, Linen,
Züchen, Inletts,
Bettdecken usw.
zu den
billigsten Preisen
S. Einhorn - Neukölln
Herrfurthstr. 21
(an d. Hermagn. Str.)

Restehandlg.
Haarpuder
Goltzstr. 2
4.4. Preis-
währstunde
Kerzen-2. Damenstift.
Selden, Samt,
statische Futterartikel
bedeutend unter Preis

**Weigola-
Haarfarbe - Haus**
Neuestes Verfahren
der Haarfarbtechnik
und Haaren (Kühhorn)
mit Wasserstoffbleichung,
ohne das Haar porös zu
machen, mittels eines
Haarbleich-Apparates.
Jeden verbleicht oder
verbleichte Haar erhält wieder
sein natürl. Aussehen.
Separates Sprechzimmer.
W. Hattkebeckstr. 14.

**Volkskleidung
Kosen**
Gummimantel
Sport-Anzüge
Mantelstiefel n. Loden
Hemden, Socken
Unterhosen
Berufskleidung
Gute Ware!
Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln
Hermagn. Herm. 281

TRAURINGE
in jed. Größe u. Qualität, stets
vorrät., nur bill. Preisberechn.
M. Dinse, Juweller
Lichtenberg, Frankl. Allee 203
Nähe Bahnh. Lichtenb.-Friedrichstr.
Teleph. Lichtenberg 3322

Alte Gebisse auch zer-
brochene
pro Zahn 35.000 bis 60.000 Mark.
Gold-, Silber-, Silberbr. kaut zum
Tageskurs Zahn-Ankaufstelle
B. Zymelski, Weidenburger Str. 32
Legitimation erforderlich.

Franenhaare
Kaufz. höchst. Preisen
Garantiehaftung 39
Kauz - Vögel - Str. 39

Preiswertes Angebot!
Hosen
Engl. Leder-
Manchester-
Arbeits-
Gestricke
Knaben-Stoff- u. Waseh-Anzüge
auch einzelne Knaben-Hosen
München-Gladbach-Hosen-Zentrale
NW. 47, Beusselstr. 39, Bäcker
Laden, am Ringbahnhof Beusselstr.
Fahrgeldvergütung

Wäsche
Kauf Sie jetzt Pelz
Zahlungs-
erleichterung!
ABICO
Leipziger Str. 58